

Recht vs. Technik: Zum Scheitern verurteilte Gesetzesinitiative zu § 362 StPO

Nikolas Klausmann

2021-02-09T11:33:06



von [DARIA BAYER](#)

Mal wieder wird zur Zeit vom Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) eine **Gesetzesinitiative** zur Erweiterung der Wiederaufnahmegründe zuungunsten der Angeklagten eines rechtskräftig abgeschlossenen Strafverfahrens nach **§ 362 StPO** vorbereitet. Hiernach soll eine Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens zu Lasten der Angeklagten bei **Mord** und den nach **§ 5 VStGB** unverjährbaren Straftaten auch dann zulässig sein, wenn zum Zeitpunkt der Hauptverhandlung bereits vorliegende Beweisstücke durch neue kriminalistische Techniken wie etwa eine DNA-Analyse neu bewertet werden können. Also: Technische statt juristische Wahrheitsfindung?

Wiederaufnahme zuungunsten der Angeklagten verfassungsgemäß?

Aus verfassungsrechtlicher Sicht hat die Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens mit dem aus dem **Rechtsstaatsprinzip** folgenden Prinzip der Rechtssicherheit zu kämpfen. Dieses gewinnt im Strafverfahren durch

das in [Art. 103 Abs. 3 GG](#) niedergelegte „Verbot der Doppelbestrafung“ (*ne bis in idem*) eine besondere Bedeutung. Auch wenn [Art. 103 Abs. 3 GG](#) ausdrücklich nur besagt, dass „niemand wegen derselben Tat [...] *mehrmals bestraft*“ werden darf, folgt hieraus im Wege eines sogenannten „Erst-recht-Schlusses“, dass auch niemand aufgrund derselben Tat *mehrmals verfolgt* werden darf: Wenn einer zu Recht Verurteilten schon nicht zugemutet werden kann, zweimal wegen derselben Tat verfolgt zu werden, so könne dies *erst Recht nicht* derjenigen zugemutet werden, die im ersten Verfahren freigesprochen und also – zumindest nach dem damaligen Erkenntnisstand – zu Unrecht verfolgt worden sei (Maunz/Dürig, GG-Kommentar, 92. EL August 2020, Art. 103 Abs. 3 Rn. 65). Aus dem „Doppelbestrafungsverbot“ des [Art. 103 Abs. 3 GG](#) folgt also auch ein „Mehrfachverfolgungsverbot“ bei rechtskräftigen Freisprüchen (explizit auch in [Art. 4 Abs. 1 des 7. Zusatzprotokolls der EMRK](#) zu finden).

Bereits die bloße Möglichkeit eines strafrechtlichen Prozesses kann große Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen haben, die zu jedem Zeitpunkt mit der Möglichkeit der Strafverfolgung rechnen muss. [§ 362 StPO](#) stößt deshalb schon in seiner jetzigen Fassung auf verfassungsrechtliche Bedenken. Nach der [Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts](#) steht die Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen strafrechtlichen Verfahrens „im Spannungsfeld zwischen den rechtsstaatlich verankerten Prinzipien der Rechtssicherheit [...] und der materialen Gerechtigkeit, die durch eine objektiv unrichtige Beurteilung einer Tat beeinträchtigt ist“ (Rn. 10). Grundsätzlich überwiege [laut Bundesverfassungsgericht](#) aber das Interesse an Rechtssicherheit und Rechtsfrieden die „Möglichkeit einer im Einzelfall vielleicht unrichtigen Entscheidung“ (Rn. 86).

[§ 362 StPO Nr. 1 bis Nr. 4](#) normieren in der aktuellen Fassung vier Gründe, aus denen *ausnahmsweise* die Rechtssicherheit zugunsten von materieller Gerechtigkeit durchbrochen werden darf – diese sind [laut Bundesverfassungsgericht](#) jedenfalls deshalb mit [Art. 103 Abs. 3 GG](#) vereinbar, weil dieser auf das zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Grundgesetzes „geltende Prozessrecht und seine Auslegung durch die herrschende Rechtsprechung“ (Rn. 12) Bezug nimmt. [§ 362 StPO](#) wird dogmatisch *teilweise* als eine „verfassungsimmanente Schranke“ von [Art. 103 Abs. 3 GG](#) ausgelegt. Das Vertrauen der Freigesprochenen auf den Freispruch ist nach [§ 362 StPO](#) ausnahmsweise dann nicht schutzwürdig, wenn [manipulativ auf das Urteil eingewirkt wurde](#) ([§ 362 Nr. 1 bis 3 StPO](#)) oder die Angeklagte sich nach dem Freispruch öffentlich mit der Tat rühmt ([§ 362 Nr. 4 StPO](#)). Dann nämlich wird das kollektive Vertrauen in die Rechtsordnung durch das fehlerhafte Urteil derart erschüttert, dass eine [Wiederaufnahme zur Herstellung materialer Gerechtigkeit geboten](#) erscheint.

Anders als [§ 359 StPO](#) Nr. 5 (Wiederaufnahme *zugunsten* der Angeklagten) kennt [§ 362 StPO](#) den [Wiederaufnahmegrund der „neuen Tatsachen“ \(propter nova\)](#) gerade nicht. Im Entwurf zur aktuellen [Gesetzesinitiative](#) soll [§ 362 StPO](#) nun um eine [Nr. 5 erweitert werden](#) und eine Wiederaufnahme zulasten der Angeklagten bei [§ 211 StGB](#) und den nach [§ 5 VStGB](#) nicht verjährbaren Verbrechen auch möglich werden, wenn aufgrund von neuen kriminalistischen Techniken bereits bekannte Beweismittel neu bewertet werden könnten. Also: *Big data for big crimes*?

Das klingt zunächst durchaus einleuchtend, stößt aber aus zwei Gründen auf verfassungsrechtliche Bedenken: Der Stand der Technik ändert sich ständig und, noch viel wichtiger: [Daten können Lügen](#).

Recht, Technik, Wahrheit

Interessant wird damit die Frage, welche Rolle dem Fortschritt der Technik generell im juristischen (Straf-)Verfahren zukommen soll. Der Gedanke, dass wir durch immer neuen kriminalistischen Technikfortschritt „mehr“ Wahrheit im Strafprozess erlangen können, ist verlockend. Nichtsdestotrotz bleibt dieser Glaube an eine *absolute prozessuale Wahrheit* eine reine Illusion. Wir müssen nicht erst zu dystopischen Romanen wie [Corpus Delicti von Juli Zeh](#) greifen, um zu erkennen, dass das Erheben und Zuordnen von Daten, egal wie weit fortgeschritten die kriminalistische Technik zu einem gewissen Zeitpunkt x ist, keine absolute, für alle Zeiten objektiv richtige Erkenntnis bringen kann. Dies verdeutlicht gerade bei der Auswertung von DNA etwa der berühmte Fall des [Phantoms von Heilbronn](#). Und zwar deshalb, weil sie – wie alle Technik – *von Menschen* gemacht und *von Menschen* zu einem bestimmten Zweck eingesetzt werden. Wie schon [Herbert Marcuse](#) feststellte: Technik ist nicht neutral, sie ist zugleich Fluch und Segen. Sie kann sowohl der Befreiung des Menschen als auch zu dessen Unterdrückung dienen. Es kommt immer darauf an, zu welchem Zweck sie eingesetzt wird. Wer also definiert den Zweck der Technik? Die Politik, das Recht – oder die Technik selbst?

Es geht hier also nicht nur um das Spannungsverhältnis zwischen Gerechtigkeit und Rechtssicherheit, sondern auch um die grundlegende Frage, wer die letztendliche *Macht* über die rechtliche Wahrheitsfindung hat. Diese Autorität sollte das Recht in einer freiheitlich verfassten Gesellschaft zumindest in den Bereichen nicht leichtfertig zugunsten der Technik aufgeben, in denen es um den *Kern* des subjektiven Rechts geht: die Möglichkeit, ein freies, selbstbestimmtes Leben ohne Angst vor staatlicher Verfolgung zu führen. Der Stand der Technik kann sich immer wieder erneuern, aber die Aufgabe des Rechts ist es, zu einem gewissen Zeitpunkt eine verbindliche Entscheidung zu treffen und so Vertrauen in seine eigene Autorität zu schaffen. Gerade das garantiert [Art. 103 Abs. 3 GG](#).

Sisyphos lässt grüßen

In der Vergangenheit sind bereits einige [Erweiterungsinitiativen](#) zu [§ 362 StPO](#) gescheitert. Es ist in Zeiten von Verschwörungsnarrativen und Fake News verständlich, dass der Wunsch nach objektiver Wahrheit und rächender Gerechtigkeit wächst, die mit starker Hand die auseinanderdriftenden Grundfesten der demokratischen Grundordnung wieder zusammendrücken. Es ist also zu erwarten, dass dies nicht die letzte zum Scheitern verurteilte Gesetzesinitiative zu [§ 362 StPO](#) bleiben wird. Das konstante Abwehren dieser Vorstöße ist die Sisyphosarbeit des Mehrfachverfolgungsverbots.

Zitiervorschlag: Daria Bayer, Recht vs. Technik: Zum Scheitern verurteilte Gesetzesinitiative zu § 362 StPO, JuWissBlog Nr. 14/2021 v. 09.02.2021, <https://www.juwiss.de/14-2021/>.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).

